



Reallabor Asylsuchende

in der Rhein-Neckar-Region
2016-2019

Analysen und Handlungsempfehlungen

Heidelberg und Mannheim, 22. März 2019

ZEW



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

Pädagogische Hochschule
HEIDELBERG
University of Education

1. Einleitung

Im Rahmen der Asylummigration sind in den letzten Jahren Menschen aus unterschiedlichsten Gründen, in der Hauptsache jedoch aufgrund von Krieg und gewaltsamen Konflikten sowie politischer und religiöser Verfolgung im Herkunftsland, nach Deutschland gekommen. Weitere Fluchtgründe für Menschen, die Schutz in Deutschland suchen, sind beispielsweise Hunger, Naturkatastrophen und Klimawandel sowie wirtschaftliche Not. Die Bleibeperspektive dieser Personen ist jedoch geringer.

Deutschland steht vor der Aufgabe, die Geflüchteten unterzubringen und ihnen neue Lebensperspektiven zu eröffnen. Dabei bilden die Menschen, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich individuell nicht nur hinsichtlich ihrer Fluchtgründe, sondern auch nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Ethnie, kulturellem Hintergrund, Handlungs- und Denkschemata, Bildungsstand, Arbeitserfahrung, Sprachkompetenz, Migrations- und Fluchterfahrung, Erwartungen, Zukunftsentwürfen und vielerlei mehr. Hinzu kommt, dass Neuzugewanderte abhängig vom Zeitraum der Einreise sowie dem Bundesland, in dem sie ihren Asylantrag stellen, unterschiedliche Arten des Schutzes erhalten. Während bis in die Gegenwart hinein die größte Zahl der syrischen Neuzugewanderten Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention erhält, bekommen andere Gruppen von Neuzugewanderten etwa aus Afghanistan und dem Irak diesen mittlerweile kaum noch. Auch bei Geflüchteten bzw. Asylantragstellenden aus afrikanischen Ländern wird lediglich der unsichere, d.h. auch ein zeitlich begrenzter, subsidiärer Schutz ausgesprochen.

So vielfältig die Gruppe der Neuzugewanderten ist, so vielfältig gestalten Städte und Kommunen die Maßnahmen zur Integration. Betrachtet man diese, wird deutlich, dass Standardmaßnahmen für alle oftmals ins Leere laufen und damit Ressourcen schlecht genutzt und Chancen verschenkt werden. Das Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region analysiert seit 2016 Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten und gestaltet Teilhabemöglichkeiten. Die vorliegenden Handlungsempfehlungen fassen die Ergebnisse der vielschichtigen Beobachtungen, Realexperimente, Befragungen und themenzentrierten Interviews zusammen und geben einen Überblick über Empfehlungen, die eine gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Fluchthintergrund unterstützen.

2. Analysen

2.1 Migrationsprozessuale Phasen der Teilhabe

Im Rahmen des Projektes ‚Reallabor Asylsuchende‘ wurde deutlich, dass die neuzugewanderten Menschen in der Regel vergleichbare Phasen oder migrationsprozessuale Etappen im Prozess des Ankommens durchlaufen. Gemeint ist nicht der formale Akt der Registrierung, der Antragstellung auf Asyl oder die Zeit des Wartens auf den Asylbescheid. Als wichtige migrationsprozessuale Etappen, die jeder Mensch, der neu nach Deutschland kommt, durchläuft, wurden vielmehr Ankunft, Unterbringung und Wohnen, unterstützende Netzwerke, Bildung, Arbeit und Beruf identifiziert.

Diese sich überschneidenden Phasen des länger dauernden ‚Ankommensprozesses‘ bis hin zur ‚Teilhabe an Gesellschaft‘ werden im Folgenden genauer analysiert. Auffallend ist, dass sich die gesellschaftlichen Konstruktionen der Kategorie ‚Flüchtling‘ in den jeweiligen Phasen deutlich unterscheiden bzw. sich diametral gegenüberstehen. Um die Herausforderungen der unterschiedlichen Phasen für den oder die Geflüchtete/n ebenso wie für die Aufnahmegesellschaft zu verstehen, ist es notwendig, die den jeweiligen Phasen zugrundeliegende Konstruktion der kontextbezogenen Kategorie ‚Flüchtling‘ zu reflektieren. Dies schließt eine Analyse der jeweiligen strukturellen und habituellen Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung von Ankommenden ein. Dadurch werden Grundlagen geschaffen, Teilhabe und Mitgestaltung zu entwickeln und zu fördern.

Bei der Ankunft wird der oder die einzelne Schutzsuchende über den zugewiesenen Rechtsstatus zur Gruppe der Geflüchteten subsumiert: als Flüchtling, Asylsuchende/r, Asylantragstellende/r, Schutzberechtigte/r, Bleibeberechtigte/r und durch Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft. ‚Flüchtling‘ ist dann eine zugewiesene institutionelle Kategorie der Ankunftsgesellschaft und wird als rechtliche Kategorie im staatlichen Handeln Wirklichkeit: Kaum differenziert werden damit Einzelschicksale überdeckt. Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Beweggründen migrieren, werden mit dem Ausdruck ‚Flüchtling‘ kategorial homogenisiert. Unterschiedliche Erfahrungen, Vulnerabilitäten und Bedürfnisse, Voraussetzungen und Hintergründe, Handlungsrouninen und habituelle Muster in dieser extrem heterogenen Gruppe werden ausgeblendet, bleiben daher oft unverstanden und unberücksichtigt.

Teilhabe ist jedoch nicht allein eine Frage des Rechtsstatus. Im Verlauf der migrationsprozessualen Etappen sollte sich idealerweise die Konstruktion der Kategorie ‚Flüchtling‘ verändern, nämlich von einer institutionellen Kategorie der Ankunftsgesellschaft hin zum autonom handelnden Subjekt, dem Selbstbewusstsein, Selbstorganisation und Handlungsfähigkeit von den gesellschaftlichen Akteuren zugestanden werden. Solange der oder die Andere noch in der Kategorie ‚Flüchtling‘ wahrgenommen wird, wird – gewollt oder unfreiwillig – oftmals soziale Interaktion zwischen Geflüchteten und Aufnahmegesellschaft durch den Aufenthaltsstatus und gesellschaftliche Ansprüche geprägt.

Die zahlreichen Aktivitäten des Reallabors Asylsuchende führen zur Erkenntnis, dass gesellschaftliche Teilhabe dann am besten ermöglicht wird, wenn vielfältige Akteure in den unterschiedlichen Feldern produktiv mit den Geflüchteten zusammenwirken. Während der migrationsprozessualen Etappen treten Schutzsuchende mit unterschiedlichen Akteuren der aufnehmenden Gesellschaft in Kontakt. Neben den staatlichen Akteuren, wie den Mitarbeitenden des BAMF und der Kommune in der Erstaufnahmestelle, kommen sie bereits sehr früh mit der organisierten und informellen Zivilgesellschaft in Kontakt. Ankommen und Teilhabe hängen von der Art und Qualität dieses Kontaktes ab.

2.2 Ankunft

Zunächst besteht bei der *Ankunft* vor allem der Kontakt zu den staatlichen Organen bzw. den Beauftragten dieser Organe¹. Die Antragstellung auf Asyl und das Ankommen in den Erstaufnahmeeinrichtungen bestimmen den Alltag der Menschen. Aber bereits während des Aufenthalts sind häufig Akteure der Zivilgesellschaft eingebunden. Sie bringen Kleider und andere Spenden, organisieren Freizeitangebote, beraten und unterstützen beim Erstkontakt mit der deutschen Sprache.

¹ Außer Acht gelassen ist an dieser Stelle der Erstkontakt zur Zivilgesellschaft, den viele Geflüchtete 2015 an Bahnhöfen und in den Erstaufnahmeeinrichtungen erlebt haben, als die Erstversorgung mit Kleidung und Lebensmitteln nur über die vielen freiwilligen Helfer/innen möglich war. Die damalige Stimmung prägte den Begriff ‚Willkommenskultur‘. Gemeint ist, dass spontan und weitgehend ohne administrative Regelungen Menschen halfen: Wohnungen wurden geöffnet, Kleider gesammelt, Spendensammlungen initiiert, Flüchtlingscafés eröffnet, Plakate „Refugees Welcome“ an zentralen Plätzen aufgehängt oder Anstecker mit dem Hashtag #refugeeswelcome verteilt.

In der Kooperation zwischen der vhs Heidelberg und dem Reallabor Asylsuchende entstand ein niedrigschwelliges Angebot zum Deutschlernen für Menschen ohne Vorkenntnisse, das schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen genutzt wurde. Es wurden Selbstlernmaterialien entwickelt, die es den Einzelnen ermöglicht, selbstständig in ihrem eigenen Tempo einen ersten Kontakt zur deutschen Sprache herzustellen. Begleitet wird die Arbeit mit den Selbstlernmaterialien immer von einem oder mehreren Ehrenamtlichen, die als Ansprechpartner/innen vor Ort zur Verfügung stehen. Viele Neuankömmlinge nutzten dieses Angebot, um erste Deutschkenntnisse aufzubauen, aber auch um abseits der formalen Strukturen mit Menschen aus der Zivilgesellschaft in Kontakt zu treten.

Exkurs: Der Befragung ‚Integrationspotentiale‘ des Reallabors Asylsuchende 2016 kann entnommen werden, dass die Aufnahmegesellschaft von den Neuzugewanderten zunächst wenig differenziert wahrgenommen wird. Auf die Frage „Kennen Sie Organisationen, die Flüchtlinge unterstützen“ antworten fast vier Fünftel der Befragten mit „Nein“. Aber auch die Befragten, die angeben, solche Organisationen zu kennen, unterscheiden kaum nach staatlichen bzw. kommunalen Akteuren, Organisationen oder sonstigen Freiwilligen. Wahrgenommen werden also vor allem die helfenden Personen, nicht aber die dahinterstehenden Organisationen.

2.3 Unterbringung und Wohnen

Die migrationsprozessuale Etappe *Unterbringung und Wohnen* soll in der Regel über die Gemeinschaftsunterkünfte in eine dezentrale Unterbringung in den Kommunen führen. Nach der Zuteilung in die Kommunen erleben Schutzsuchende diese als Orte, an denen vielfältige Organisationen und ggf. auch einzelne Akteure Angebote machen und gleichzeitig Anforderungen stellen. Die Kommunalverwaltung als migrationsadministrative Struktur bearbeitet Fragen des Aufenthalts, zum Lebensunterhalt, der Unterbringung, stellt Bildungsangebote bereit oder vermittelt diese. Bei allen Bildungsangeboten (allgemein- und berufsbildende Schulen, Volkshochschulen usw.) steht zunächst die Sprachförderung im Vordergrund.

Mit dem Wechsel in die kommunalen Unterkünfte verdichtet sich die Interaktion mit den kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren außerhalb der formalen Strukturen. Sind die ersten bürokratischen Schritte überwunden, ergeben sich

vielfältige Kontaktmöglichkeiten und unterstützende Netzwerke entstehen. Neben Hilfestellungen bei alltäglichen Hürden wie Arztbesuchen und Behördengängen machen Akteure der Zivilgesellschaft Angebote für Geflüchtete, die eine auf die Gegenwart und Zukunft orientierte Nutzung der Zeit ermöglichen, den Zweitspracherwerb fördern, soziale Netze aufbauen und vieles mehr.

Beispiel hierfür ist das Projekt HEIMSTÄRKE, welches vom Verein *Anpiff ins Leben* e.V. gegründet und vom Reallabor Asylsuchende begleitet wurde. Menschen mit Fluchthintergrund haben hier die Möglichkeit, an einem Fußballtraining und gleichzeitig an Sprachlerneinheiten teilzunehmen. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmenden die Möglichkeit eines individuellen Mentorings und Unterstützung bei der Berufsorientierung.

Mit der Initiative LADYSTIME, die sich in Sinsheim 2015 etabliert hatte, wurden explizit Frauen angesprochen. Dieses Vor-Ort-Angebot in der Unterkunft, organisiert als informelles Treffen, bot Frauen die Möglichkeit zum Austausch untereinander und wurde bedarfsorientiert angeboten.

Mit der Zunahme der Kontakte außerhalb der formalen, administrativen Strukturen beginnt auch allmählich ein Wandel von einer Fremdbestimmtheit hin zu mehr individueller Selbstbestimmung. Es findet eine individuelle Ausgestaltung der zur Verfügung stehenden Zeit und der individuellen Ressourcen statt, da Geflüchtete unterschiedliche Erfahrungen, Kompetenzen und Kenntnisse mitbringen. Hierzu zählen neben den messbaren bzw. vergleichbaren Kriterien wie der Bildungsdauer und dem beruflichen Hintergrund im Herkunftsland auch die Ressourcen und Kompetenzen sowie Visionen und Ideen, die jeder Mensch mit nach Deutschland bringt. Dass die individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten in unterschiedlicher Weise und Intensität in den sozial-kommunikativen Austausch einfließen, wird oftmals noch zu wenig mitgedacht. Es ist davon auszugehen, dass eine bessere Wahrnehmung und Nutzung der individuellen Potentiale Chancen bietet – vor allem wenn die individuellen Potentiale zusammen mit den Potentialen der Menschen und Akteuren der Aufnahmegesellschaft zusammengebracht werden.

2.4 Bildung, Arbeit und Beruf

Bildung hat einen bedeutenden Einfluss auf die Teilhabemöglichkeiten. Im Rahmen verschiedener Kursformen und Bildungsangebote erhalten die Geflüchteten u.a. je nach Alter, Herkunft und Stand im Asylverfahren Zugang zu Bildung. Neben den im schulischen System verankerten Vorbereitungsklassen (VKL/VAB-O) bieten die Volkshochschulen zusätzlich zu den gängigen Sprachkursen spezielle Lernformate für Geflüchtete an. Hier steht auch bei erwachsenen Lernenden zunächst der Zweitspracherwerb im Vordergrund.

Neben dem Erwerb formaler Bildung ist der Zugang zu *Arbeit und Beruf* bzw. zum Arbeitsmarkt ein wichtiger Aspekt, der nach dem ersten Erwerb von Deutschkenntnissen bei fast allen Menschen in den Fokus rückt. Betrachtet man neben dem administrativ gelenkten Kontakt zum Arbeitsmarkt auch zivilgesellschaftliche Vermittlungsangebote und informelle Kontakte, zeigt sich, dass enge Kontakte und Freundschaften zu Menschen aus der Aufnahmegesellschaft neben einem schnelleren Zweitspracherwerb auch die Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen fördert. Bildung und soziale Kontakte tragen zu mehr Selbstbestimmung bei.

2.5 In Zukunft miteinander leben

Während das institutionalisierte Hilfe- und Unterstützungssystem für Geflüchtete nach Einschätzung der Forschenden des Reallabors Asylsuchende etwa in Heidelberg gut organisiert und vernetzt ist, wird die Bedeutung von aus der Bürgerschaft gemeinsam mit Geflüchteten co-organisierten regelmäßigen Treffen eher unterschätzt. Noch zu häufig wird übersehen, dass geflüchtete Menschen eigene Ideen, Utopien und Sehnsüchte für ihre Zukunft mitbringen und ‚Stadt‘ und ‚Urbanität‘ mitgestalten können und möchten.

Das Modellprojekt UrbanUtopiaLAB des Reallabors Asylsuchende begreift Geflüchtete daher als wertvolle und notwendige Akteure und bezieht sie aktiv in die sich vollziehenden Transformationsprozesse bei der Quartiers-, Stadt- und Kommunalentwicklung ein. Das damit verbundene Konzept der ‚urban citizenship‘ soll helfen, geflüchteten Menschen die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung von und Teilhabe an Politik und Gesellschaft zu geben und sich an den Diskussionen zur

Stadtentwicklung zu beteiligen. Selbst ohne legalen Aufenthaltsstatus sind Menschen in diesem Konzept sichtbar und haben die Möglichkeit zur politischen und kulturellen Mitgestaltung.

Bisher gelingt es auch ‚Early Performern‘ oder kreativen Ideengeber/innen (innerhalb der etablierten Unterstützungssysteme, Institutionen oder Behörden) oft (noch) nicht, die häufig als starr wahrgenommene Strukturen und Denkmuster in Frage zu stellen, um Ermessensspielräume bei der Begleitung von Geflüchteten zu erkennen und zu nutzen. Berichte zur Situation von Schutzsuchenden in Deutschland sollten in Zukunft stärker noch als bisher die Anerkennung ihrer politischen Rechte und Handlungsfähigkeiten thematisieren. Integrations- und teilhabepolitische Ansätze sind dann vielversprechend, wenn alle beteiligten Akteure miteinander ins Gespräch kommen und sich besser vernetzen. Allerdings wird auch hier noch eine gewisse Blindheit für die ‚hidden groups‘ innerhalb der undifferenzierten Masse der Geflüchteten gesehen. Geflüchtete Frauen etwa wurden und werden aufgrund ihres biologischen und sozialen Geschlechts oftmals mit anderen Bedrohungen auf der Flucht konfrontiert als Männer. Sie haben daher andere Bedarfe und Vorstellungen für ihr Leben in Deutschland.

Geflüchtete als individuelle politische Subjekte anzuerkennen, bedarf aber auch eines Willens, einer Fähigkeit, eines Bewusstseins und einer Bereitschaft der Geflüchteten selbst, was bedeutet, dass Handlungsrouinen und Denkmuster aller Beteiligten reflektiert und gemeinsam weiterentwickelt werden müssen. Dies ist im Rahmen des UrbanUtopiaLAB gelungen und sollte weiterentwickelt werden.

Das UrbanUtopiaLAB wurde anhand der Leitfrage „Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?“ zusammen mit „Each1Teach1 e.V. - Jeder lehrt jeden“ und mit Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten als ein auf Kommunikation, Kooperation, Kollaboration und Co-Kreation angelegter Möglichkeitsraum konzipiert und realisiert. Das Format ‚UrbanUtopiaLAB‘ ist ein mehrphasiger, länger andauernder Prozess, der mit verschiedenen experimentellen Methoden, Formaten sowie urbanen Interventionen und dem damit verbundenen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn darauf abzielt, auf der Basis einer ‚Kultur des Austauschs‘ mit einer offenen und akzeptierenden Grundhaltung gemeinsame Wissensproduktion

auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten – Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten - zu ermöglichen, gemeinsam zu gestalten und beständig weiterzuentwickeln. Ziel ist es, zu erfahren, wie Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete sich die Stadt, den öffentlichen Raum aneignen, in Wert setzen und konnotieren. Daraus lassen sich konkrete Veränderungspotenziale identifizieren, um politische Prozesse und Praktiken für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Stadtentwicklung aufzuzeigen und anzustoßen. Die transdisziplinär-transformativ erarbeiteten Ergebnisse und Erkenntnisse werden regelmäßig mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Planung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert, um eine dynamische zukunftsfähige Stadtentwicklung zu ermöglichen. Die Ideen und Visionen der Anderen zu kennen ermöglicht es u.a., neue Denk-, Kommunikations- und Handlungsroutinen für die Transformation unserer Städte zu entwickeln.

3. Handlungsempfehlungen

3.1 Selbstbestimmung stärken

Geflüchtete bzw. Neuzugewanderte haben in der Regel ein starkes Interesse an Teilhabe. Ihnen ist bewusst, dass dafür der Erwerb von Deutschkenntnissen sowie die Aufnahme einer Qualifizierung und/oder einer Beschäftigung helfen. Um dies zu erreichen, sollten die Neuankommenden zügig aktiv werden dürfen. Sie sollten in ihrer individuellen Vielschichtigkeit wahrgenommen werden und im Sinne des Ressourcenansatzes ihre mitgebrachten kulturellen, sprachlichen und fachlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten nutzen dürfen.

Es bedarf spezifischer Qualifizierungs- und Trainingsangebote für Personen (Ehrenamtliche, Flüchtlingsbeauftragte, Integrationsmanager etc.), die mit den Ankommenen zusammenarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, ihre Sprache, Qualifizierung und Teilhabe verbessern. Häufig ist das Beratungsangebot entsprechender Stellen und Personen jedoch noch zu sehr von der Haltung geprägt, die Ankommenen/Neuzugewanderten für die hiesigen Anforderungsprofile „passend zu machen“. Besser, wenn auch möglicherweise aufwendiger, wäre es auch die individuellen Lernausgangslagen stärker in den Blick zu nehmen. Zusammenfassend ergeben sich die Folgenden Handlungsempfehlungen.

- Etablierung von Strukturen, die es Menschen ermöglichen, zügig aus institutionellen, statusgebundenen Abhängigkeitsverhältnissen herauszutreten und aktiv den eigenen Teilhabeprozess zu gestalten
- Initiierung von Qualifizierungs- und Trainingsangeboten für Ehrenamtliche, Flüchtlingsbeauftragte, Integrationsmanager/innen etc., die mit den Ankommenden zusammenarbeiten
- Orientierung an individuellen Lernausgangs- und Interessenslagen zur Förderung motivationaler Prozesse

3.2 Teilhabe durch Wohnen und Nachbarschaft gestalten

Eine gelingende Teilhabe in der Kommune wird durch eine zeitnahe Einbindung in vielfältige lokale Netzwerke, wie Interessen-Treffs oder Vereine befördert. Insbesondere seitens der Kinder und Jugendlichen werden schulische und nicht-schulische Bildungsangebote wie Sport- sowie Musik-/Tanzkurse sehr gut angenommen. Sie unterstützen durch die persönliche Interaktion in entscheidendem Maße den Deutscherwerb.

Das Reallabor hat folgende Empfehlungen erarbeitet:

- Es wäre vorteilhaft, wenn alle Beteiligten, das ‚Denken in Zuständigkeiten‘ hinterfragen, Handlungsspielräume erkennen, ungewöhnliche experimentelle Wege beschreiten und möglichst alle Akteure in die Fragen der dezentralen Unterbringung einbeziehen.
- Als notwendig wird die Einführung rechtlicher Standards für die dezentrale Unterbringung in der Anschlussunterbringung gesehen, um eine humanitäre Unterbringung geflüchteter Personen zu gewährleisten. Zu begrüßen ist ein gemischtes Wohnen von geflüchteten und nicht geflüchteten Personen.
- Ein aktives Quartiersmanagement hilft, auftretende Unsicherheiten abzubauen und Konflikte zu vermeiden. Entsprechende Infrastrukturen sind zu fördern und auszubauen.
- Bei der Planung neuer Wohnungen und bei der Gestaltung bestehender Anlagen ist es vielversprechend, Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und auch Geflüchtete selbst einzubeziehen, um den normativen Ansprüchen, die an das dezentrale Wohnen gestellt werden,

gerecht zu werden. Persönliche Kontakte zwischen allen Beteiligten können Vorurteile abbauen und Teilhabe befördern.

- Eine enge Kooperation von Kommunen, Initiativen, Vermieter/innen, Engagierten und geflüchteten Personen bei der Wohnungssuche im Anschluss an die kommunale Unterbringung ist von Vorteil.
- Kontakte zwischen Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten bieten Chancen, Vorurteile und Ängste auf beiden Seiten abzubauen und Neugier zu wecken. Wohnformen, die solche Kontakte provozieren, sowie Infrastrukturen, die sie ermöglichen, sind zu unterstützen.
- In den Diskussionen zur Stadtentwicklung sollen geflüchtete Personen als potentielle Mitgestalter/innen und Visionsgeber/innen auf Augenhöhe begriffen und die Unterstützungsaufgaben nicht nur als kommunale und humanitär geleitete Pflicht wahrgenommen werden. Stadt und das Urbane sind neu zu denken und zu gestalten!

3.3 Zusammenarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft neu aufstellen

Die neuen Formen von Engagement und Kooperation in Folge des Sommers 2015 haben dazu beigetragen, dass Integration auf der lokalen Ebene ein gelebtes Querschnittsthema geworden ist. Auf lokalen Netzwerktreffen kommen Personen aus unterschiedlichen Kontexten und Sektoren auf Augenhöhe zusammen. Das Ziel der Meetings ist dabei nicht einen Austausch über das Asylsystem, sondern kreative Lösungen für individuelle Probleme der Geflüchteten zu finden. Dabei versucht jede/r, sich mit den eigenen Ressourcen einzubringen.

Eine solche Arbeitsweise verlangt oftmals neue Formen der Kooperation. Die Bürgerschaft ist selbstbewusster geworden und fordert Mitsprache ein. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen der Partizipation anders oder neu. Beteiligt sein braucht eine neue Dimension in der Stadtgesellschaft, welche die konkreten Einzelfälle betrachtet und für alle Engagierten offen ist. Wichtiger als soziale Medien sind wohl noch immer die persönlichen Beziehungen zu den Aktiven vor Ort. Im Einzelnen empfiehlt sich:

- neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen kommunalen Instanzen und Vertreter/innen lokaler Bürgergesellschaft einen gesicherten Platz geben

- aufgebaute Netzwerke erhalten und stärken
- Organisation als Rahmengerber: Für diejenigen Engagierten, die nach einem Engagement mit flexibler Zeitgestaltung und Projektstrukturen suchen und für die nicht-gebundenen Engagierten können Organisationen dann attraktiv sein, wenn sie einen festen Rahmen bieten, d.h. wenn sie die nötigen personellen und materiellen Ressourcen stellen, damit die Engagierten mit ihren eigenen Projekten und Ideen an die Organisation andocken können. Dafür erscheint es wichtig, dass klare Strukturen aufgebaut und diese auch nach außen kommuniziert werden.

3.4 Bildung anders denken

Auf die formale Ebene bezogen sollte die Organisation der Bildungsangebote neu gedacht werden und von Standardcurricula für (alters)homogene Lerngruppen zu individuell differenzierten Angeboten übergehen, die der großen Vielfalt der Vorkenntnisse, Kompetenzen und kulturellen Vorprägungen gerecht werden. Die Herausforderung in der Förderung grundlegender mathematischer und (schrift)sprachlicher Kompetenzen besteht darin, zielgruppenspezifische Bildungsangebote zu generieren, die bislang einer evidenzbasierten fachwissenschaftlichen und didaktischen Grundlegung entbehren. Dies markiert ein scheinbar auswegloses Dilemma: Einerseits ist für diese Lernenden ein sprachlich vereinfachter, lernunterstützender und kontextualisierter Input notwendig, um die Auseinandersetzung mit den Lerngegenständen zu initiieren. Andererseits sind es vorrangig gerade diese sprachlichen Anforderungen, die eine solche Auseinandersetzung mit dem Lerngegenstand erschweren.

Neben einer inhaltlichen Orientierung an den Lebenssituationen der Geflüchteten, die sowohl die Alltagsbewältigung als auch die beruflichen Möglichkeiten fördert, sollte in sprachlich heterogenen Lerngruppen bei der Vermittlung von Wortschatz und Grammatik des Deutschen der individuelle Sprachstand berücksichtigt werden, um effektives Sprachlernen zu ermöglichen. Basierend auf den Erkenntnissen aus der Zweitspracherwerbsforschung wurden deshalb im Reallabor Asylsuchende Lehr-Lern-Module für VAB-O-Klassen entwickelt und erprobt, die thematisch für alle gleich, lexikalisch und grammatisch aber hochgradig differenziert ausgerichtet sind. Es zeigte sich, dass differenzierendes Sprachlehren und -lernen mit Bezug auf dasselbe Thema

unter Einbezug von Wortschatzarbeit, grammatischem Lernen und der anschließenden Anwendung im Rahmen von Diskurs- und Textarten in sprachlich hochheterogenen Lerngruppen auch mit nur einer Lehrperson möglich ist. Die Materialzuweisung basiert dabei auf einem im Reallabor ebenfalls entwickelten, schul- und fächerübergreifend tauglichen Kompetenzraster, in dem die individuellen Sprachstände auf der Basis von Spontan- und Unterrichtsdaten fortlaufend dokumentiert werden.

Über das Deutschlernen hinaus bedarf es auch eines Umdenkens im Fachunterricht. Der Fachunterricht resp. der Mathematikunterricht kann nur effektiv sein, wenn er kultursensibel ist und gleichzeitig berücksichtigt, dass die Sprache Deutsch Unterrichtsmedium und Lerngegenstand zugleich darstellt. Exemplarisch konnten in diesem Projekt didaktische Impulse zur Adaption bereits vorhandener Lernmaterialien für den Mathematikunterricht der VAB-O-Klassen entwickelt und erprobt werden.

Um die ausbildungs- bzw. berufsrelevanten Kompetenzen der Jugendlichen prozessbegleitend im Rahmen von betrieblichen (Ausbildungs-)Situationen und Praktika angemessen zu beurteilen, wurde ein Beobachtungsbogen entwickelt und pilotiert. Dieser Kompetenzbeobachtungsbogen gibt den Ausbilder/innen bzw. Betreuer/innen ein theoriegeleitetes Werkzeug in die Hand, ihre eigenen Beobachtungen und Eindrücke in realen Ausbildungssituationen zu dokumentieren, zu systematisieren, zu vergleichen und zu objektivieren.

Es ist zu empfehlen:

- Bildung ist neu zu denken. Das Paradigma einer an das Lebensalter gebundenen, gestuften Bildung für alle wird abgelöst durch ein flexibles Angebot an Bildung, das je nach Bedarf individuell abgerufen werden kann.
- Die Sprachvermittlung sollte sich inhaltlich in hohem Grade an der Lebenssituation der Geflüchteten orientieren, um gleichzeitig Orientierung im Hinblick auf Alltagsbewältigung und berufliche Möglichkeiten zu geben.
- Ausschlaggebend für die Zuordnung zu Bildungsstätten und Bildungsinhalten sollte eine Kompetenzdiagnostik sein, die individuelle Potenziale ebenso wie individuelle Lern- und Unterstützungsbedarfe zeigt.
- Dazu sollten Bildungseinrichtungen und -träger sowie Lehrkräfte hinreichend informiert, ausgebildet und mit Ressourcen ausgestattet werden.

- Die Vermittlung von Wortschatz und Grammatik sollte sich – insbesondere in stark heterogenen Lerngruppen – am individuellen Sprachstand ausrichten, um effektiv zu sein.
- Ziel der Wortschatz- und Grammatikvermittlung ist die kommunikative Befähigung in einschlägigen mündlichen und schriftlichen Handlungskontexten, die sprachlich auf unterschiedlichem Niveau realisiert werden.
- Fachunterricht wie bspw. der Mathematikunterricht sollte einerseits die Sprache (als Lernmedium und Lerngegenstand) als auch die sozio-kulturelle Prägung gesellschaftlicher Handlungsfelder mitdenken.
- In heterogenen Gruppen sollte das interkulturelle Verständnis mitgedacht und zum Ausgangspunkt für die Planung pädagogisch-didaktischer Interventionen werden.

3.5 Wege in den Arbeitsmarkt erleichtern

Um adäquate Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration zu entwickeln und ihr Potenzial abschätzen zu können, ist es zunächst wichtig zu verstehen, mit welchen Vorerfahrungen und Erwartungen Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind. Es zeigt sich, dass für eine Beschäftigungsaufnahme das Herkunftsland, die Kosten und Schulden aus der Flucht und enge Verbindungen zu Deutschen entscheidend sind. Hinzu kommen die im Heimatland absolvierten Bildungsjahre.

Die Reallabor Befragungen haben gezeigt, dass sich die Zusammensetzung der Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften in Sinsheim und Wiesloch von der Verteilung aller Geflüchteten in Deutschland unterscheidet. Unter anderem gibt es mehr jüngere und männliche Geflüchtete. Kleine Unternehmen, häufig Handwerksbetriebe, in der Region zeigen eine hohe Bereitschaft zur Beschäftigung von Geflüchteten. Allerdings kann diese günstige Grundbedingung nicht immer in Beschäftigung umgesetzt werden. Zum einen sind für diese Betriebe die administrativen Anforderungen bei der Beschäftigung von Geflüchteten häufig zu hoch. Auch die unsichere Bleibeperspektive vieler Geflüchteter ist für die Betriebe ein Grund für Zurückhaltung.

Im Rahmen eines Modellprojekts, das in Kooperation mit ‚BBQ Berufliche Bildung gGmbH‘ als Kooperationspartner vor Ort durchgeführt wurde, wurden Lösungswege für eine Überwindung bestehender Hürden bei der Anstellung von Geflüchteten

gesucht, um Ansatzpunkte zum Zwecke einer besseren Arbeitsmarktintegration zu finden. In Befragungen von Unternehmen zeigte sich zudem, dass die Umsetzung des üblichen Ausbildungsformates, bestehend aus praktischen und schulischen Anteilen, aufgrund von sprachlichen Schwierigkeiten häufig nicht realistisch ist. Folgende Empfehlungen wurden erarbeitet:

- Aufgrund der Heterogenität der Geflüchteten im Hinblick auf deren Bildungs- und Ausbildungshintergrund sind Modelle, die eine gedehnte modulare Ausbildung ermöglichen, eine für viele interessante Lösung.
- Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen benötigen Informationen zu administrativen Fragen, Anforderungen und Netzwerken für die Einstellung Geflüchteter.
- Die Förderung der Arbeitsmarktintegration sollte für junge Geflüchtete möglichst früh beginnen. Berufsorientierungsmaßnahmen sollten verstärkt schon in Schulen angeboten werden.

WEITERE INFORMATIONEN

MITWIRKENDE IM FORSCHUNGSVERBUND REALLABOR ASYLSUCHENDE

Mareike Bahn, Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Prof. Dr. Anne Berkemeier, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
 Prof. Dr. Petra Deger, Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Prof. Dr. Havva Engin, Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Prof. Dr. Adalbert Evers, Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI),
 Universität Heidelberg
 Rebecca Höhr, Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Dr. Oksana Kovtun-Hensel, Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Svenja Kück, Geographisches Institut, Universität Heidelberg
 Martin Lange, ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH
 Mannheim
 Georg Mildenerger, Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI),
 Universität Heidelberg
 PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische
 Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
 Verena Schmid, Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI),
 Universität Heidelberg
 Katrin Sommerfeld, ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
 GmbH Mannheim
 Corinna Uebel, Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Prof. Dr. Birgit Werner, Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Dr. Christina West, s:ne | Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung:
 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung, Hochschule Darmstadt

DER FORSCHUNGSVERBUND REALLABOR ASYLSUCHENDE IN DER RHEIN-NECKAR-REGION

Das Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region ist ein Forschungsverbund aus den vier Forschungseinrichtungen Geographisches Institut der Universität Heidelberg (GI), Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg (CSI), Pädagogische Hochschule Heidelberg (PH) und ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, sowie den drei Kommunen, Heidelberg, Sinsheim und Wiesloch. Das Reallabor Asylsuchende wird aus Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg unterstützt, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Die Analysen und Handlungsempfehlungen fassen wichtige Ergebnisse des Reallabors zusammen.